



Niederschrift 37. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 23.05.2012
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	19:40 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Herr Peter Kaminski
Frau Birgit Müller DIE LINKE
Herr Mike Schubert SPD
Herr Horst Heinzl CDU
Herr Martin Kühn Bündnis 90/Die
 Grünen
Herr Stefan Becker FDP

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Peter Schultheiß CDU

sachkundige Einwohner

Herr Robert Wolff Bündnis 90/Die
 Grünen
Herr Marcel Rosteck
Herr Torsten Kalweit CDU
Herr Ingo Korne DIE LINKE
Herr Sascha Krämer DIE LINKE
Herr Uwe Stab SPD
Herr Dr. Reinhard Stark

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,
 Beigeordneter

Nicht anwesend sind:

sachkundige Einwohner

Frau Anke Lehmann	Die Andere	nicht anwesend
Frau Hannelore Mehls	Behindertenbeirat	entschuldigt
Herr Konstantin Pötschke	SPD	entschuldigt

Anwesenheit - Mitarbeiter/in der Verwaltung

Herr Dahlmann, Michael	912
Herr Erdmann, Christian	RPA
Frau Hofmann, Sylvia	RPA
Herr Schenke, Thomas	FB 47
Herr Scheffler, Frank	B 163
Frau Gruß, Christine	SB 11
Frau Zakrzewski, Andrea	B 113

Schriftführer/in:

Herr Jeske, Mathias

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.04.2012 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 4 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2009 und
Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 12/SVV/0375
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012;
WV StVV Juni 2012
- 5.2 Gebührensatzungen der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0155

- Fraktion FDP
- 5.3 Mehr Transparenz bei der Aufstellung des Haushaltsplanes
Vorlage: 12/SVV/0152
Fraktion DIE LINKE
- 5.4 Erschließungsbeiträge für Grünanlagen
Vorlage: 12/SVV/0213
Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.5 16. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0284
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 5.6 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0665
Fraktionen FDP, BürgerBündnis

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste zur 37. Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.04.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dr. Wegewitz stellt die Beschlussfähigkeit sowie ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind alle 7 Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Dr. Wegewitz fragt nach Einwänden gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.04.2012.

Da keine Einwände bestehen, wird die Niederschrift mit 5 Ja-Stimmen und 2 Stimmenenthaltungen bestätigt.

Herr Dr. Wegewitz fragt nach Einwänden zur Tagesordnung und schlägt vor die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 zusammen zu behandeln.

Herr Kühn möchte den Tagesordnungspunkt 5.4 zurückstellen, bis ein Votum aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vorliegt.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner berichtet über die positiven Mai-Steuerschätzungen des Landes und informiert über eine erhöhte Schlüsselzuweisung von ca. 1,2 – 1,3 Mio. Euro für Potsdam und auch dass mit einer Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von 2,8 Mio. Euro gerechnet werden kann. Da der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer ebenfalls um ca. 4 Mio. Euro steigt, kann in Summe von ca. 8 Mio. Euro ausgegangen werden, um die sich der Gesamtfehlbetrag reduziert.

zu 4 Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2009 und Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: 12/SVV/0375

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner präsentiert den Jahresabschluss 2009 der Landeshauptstadt Potsdam (siehe beiliegender Präsentation).

Herr Schubert stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Jahresabschluss nur zur Kenntnis zu nehmen, da er erst seit 2 Tagen zur Einsicht vorliegt und doch sehr umfangreich ist.

Herr Wolff fragt zur abnehmenden Kennzahl der Anlagenintensität, wie lange der Vermögensverzehr noch gut geht.

Herr Exner erklärt hierzu das Verhältnis zwischen den Sonderposten, der Abschreibungen und den Investitionsmaßnahmen.

Herr Stab fragt nach den Rückstellungen für Baukosten der Biosphäre, den fehlerhaften Akten des Sozialamtes und den angesprochenen erhebliche Auswirkungen der Eröffnungsbilanzkorrekturen, da diese Punkte im Bericht über die Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes besonders hervor gehoben wurden.

Herr Exner erläutert kurz die Entwicklung des Rechtsstreits zu den Baukosten der Biosphäre.

Herr Erdmann (Leiter des Rechnungsprüfungsamtes) erläutert den Prüfungsvorgang zur Prüfung der Hilfe zum Lebensunterhalt und das sich die 79,1 % nur auf die Stichproben beziehen und die Prozesse dahingehend bereits verbessert werden.

Weiter informiert Herr Erdmann über die Auswirkungen auf die Eröffnungsbilanz aus der Aufarbeitung des Treuhandvermögens.

Herr Schubert fragt nach den hohen Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen.

Herr Exner führt hierzu das versicherungsmathematische Gutachten zur Bestimmung der Höhe der Pensions- und Beihilferückstellungen an und erläutert die Möglichkeiten einer Eröffnungsbilanzkorrektur und dass die

geforderten Tatbestandsmerkmale hier nicht vorliegen und man deshalb den hohen Aufwand buchen musste.

Der Jahresabschluss 2009 der Landeshauptstadt Potsdam wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
neue Fassung vom 23.04.2012;
WV StVV Juni 2012

Herr Exner bringt den Eckwertebeschluss ein.

Herr Schubert bringt einen Änderungsantrag ein und stellt diesen vor.

Herr Kühn begrüßt die Chance, strategische Ziele mit dem Bürgertum aufzustellen und auch die vorgezogene Haushaltskonsolidierung, da so der politische Handlungsspielraum wächst.

Herr Schultheiß begrüßt das Einfrieren der freiwilligen Ausgaben auf dem Stand des Haushaltes 2012.

Herr Becker begrüßt den Doppelhaushalt, da er darin die Chance einer schnelleren Haushaltskonsolidierung sieht.
Er möchte im Punkt 14 der Anlage den Klammerausdruck streichen.

Herr Stab möchte einen Punkt 16 in der Anlage aufnehmen, in dem die betriebswirtschaftlichen Kosten der Sportanlagen aufgezeigt werden.

Herr Kaminski begrüßt die richtige Marschrichtung, sofern die Prüfungsergebnisse offen betrachtet und ausgewertet werden.

Herr Exner begrüßt auch diese richtige Marschrichtung, dass jedoch sehr viel Arbeit in der Verwaltung bedeutet.

Herr Dr. Wegewitz stellt den durch Herrn Becker und Herrn Stab ergänzten Änderungsantrag zur Abstimmung.

~~1. Grundlagen für die detaillierte Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sind:~~

- ~~• die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung, die mit dem Haushaltsplan 2012 für das Haushaltsjahr 2013 vorgegeben werden~~
- ~~• der Bericht zu den finanziellen Rahmenbedingungen für den Haushaltsjahr 2013 (Anlage 1)~~
- ~~• die beigefügten Budgetvorgaben für die Geschäftsbereiche (Anlage 2)~~

- ~~die von den Geschäftsbereichen definierten Handlungsschwerpunkte für das Jahr 2013 (Anlage 3)~~
- ~~die Maßgaben zu den Konsolidierungspotentialen (Anlage 4).~~

~~Der in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesene **Fehlbedarf** in Höhe von insgesamt **11,3 Mio. Euro** soll nicht überschritten werden.~~

~~2. Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 bis 2015 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Investitionsplanung sind Grundlage für die Investitionsplanung 2013. Zur Absicherung der Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde in der mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2013 eine **Kreditaufnahme** in Höhe von **1,7 Mio. Euro** veranschlagt. Dieser Betrag soll im Rahmen der Erstellung des Finanzplanentwurfes für 2013 nicht überschritten werden.~~

~~3. Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.~~

~~4. Etwaige Veränderungen bei **nichtzahlungswirksamen** Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.~~

~~5. Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt in weiten Bereichen über eine moderne Infrastruktur sowie breite und qualitativ hochwertige Einrichtungen in den Bereichen Soziales, Sport, Kultur und Bildung. Dieses Angebot rechtfertigt eine sozialverträgliche und angemessene finanzielle Beteiligung der Bürger und Kunden der Landeshauptstadt Potsdam, so dass Maßnahmen zur Erreichung höherer Kostendeckungsgrade (Anpassung von Entgelten, Gebühren und Hebesätzen) zu ergreifen sind.~~

~~6. Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen zur Haushaltssicherung sind im Rahmen der Haushaltsplanung zu intensivieren. Folgende Zielsetzungen werden im Sinne eines investitionsorientierten Haushalts verfolgt:~~

- ~~a. Einhaltung der beschlossenen Eckwerte für das Haushaltsjahr 2013 bei der Haushaltsplanaufstellung und dem Haushaltsbeschluss für 2013.~~
- ~~b. Senkung der in der Ergebnis- und Finanzplanung des Haushalts 2012 für 2014 ff. ausgewiesenen Fehlbedarfe im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Haushaltsjahr 2013. Ziel der Ergebnis- und Finanzplanung des Haushalts 2013 ist:

 - ~~die Halbierung des in 2012 für 2014 geplanten Fehlbedarfs,~~
 - ~~die Erreichung des Haushaltsausgleichs in 2015,~~
 - ~~die Erwirtschaftung eines Überschusses ab 2016.~~~~

~~7. Zur Erreichung der in Ziffer 6 definierten Finanzziele sind neue, strukturell wirkende Haushaltssicherungsmaßnahmen mit einem jährlichen Gesamtkonsolidierungsbetrag von mindestens 7 Mio. Euro zu konkretisieren und der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2013 mit vorzulegen.~~

~~Folgende Konsolidierungspotentiale sollen dazu entwickelt und realisiert werden:~~

- ~~a. Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B in einem~~

~~sozialverträglichen und angemessenen Rahmen (zusätzliches Konsolidierungspotenzial jährlich bis 2 Mio. Euro ab 2013).~~

- ~~b. Optimierung der Finanzströme zwischen der Landeshauptstadt und ihren Beteiligungen, Realisierung erhöhter Ausschüttungen. Darin eingeschlossen: Überprüfung der Notwendigkeit der Ko-Finanzierung des ÖPNV durch die Landeshauptstadt (Finanzierungsvertrag mit der SWP) und Erschließung weiterer Potenziale in einer Größenordnung von mindestens 1 Mio. Euro bis 1,5 Mio. Euro jährlich im Mittelfristzeitraum bis 2016.~~
- ~~c. Verringerung der Zuschussbedarfe der Geschäftsbereiche durch Aufgabenkritik im Bereich der freiwilligen Leistungen, durch Prozessoptimierung und durch Erhöhung der Kostendeckungsgrade (Anpassung der Ertrags- und Aufwandstrukturen) in den Einrichtungen der Kernverwaltung und bei den zuschussabhängigen Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam (zusätzliches Konsolidierungspotenzial jährlich von mindestens 4 Mio. Euro bei mittelfristiger Umsetzung).~~
- ~~d. Einstellung der Begrüßungsgeldzahlungen an Studierende (Einsparung in Höhe von ca. 270 Tsd. Euro jährlich ab 2013).~~

Grundlage für diesen Konsolidierungsprozess sind die in Anlage 4 enthaltenen Maßnahmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt bis zur Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2012 einen Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013 / 2014 vorzulegen. Dazu sind die die Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung fortzuschreiben.**
- 2. Ziel der Ergebnis- und Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 ist:**
 - die Erreichung des Haushaltsausgleichs in 2015,**
 - die Erwirtschaftung eines Überschusses ab 2016.**
- 3. Der in der mittelfristigen Ergebnisplanung für das Haushaltsjahr 2013 ausgewiesene Fehlbedarf soll nicht überschritten werden.**
- 4. Zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015 sollen die in der Anlage vorgelegten Maßnahmen geprüft und der Stadtverordnetenversammlung in einem Bericht bis Oktober 2013 vorgelegt werden. Werden mit den in der Anlage vorgelegten Maßnahmen der Haushaltsausgleich 2015 nicht erreicht, so wird die Verwaltung beauftragt, weitere Maßnahmen zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung mit dem Bericht zur Entscheidung vorzulegen.**

5. Die Umstellung auf die strategische Haushaltsaufstellung erfolgt mit dem Haushaltsentwurf 2015.
6. Die Erarbeitung von strategischen Zielen für die Stadt erfolgt auf der Grundlage der in den letzten Jahren beschlossenen Konzepte. Diese werden zu einer Gesamtstrategie unter Auflösung von Zielkonflikten und Überprüfbarkeit der finanziellen Realisierungsmöglichkeiten zusammengeführt. Die Ziele werden mit den Bürgerinnen und Bürgern als Grundlage für die zukünftige strategische Haushaltsführung in einem prozessbegleitenden Verfahren entwickelt. Die Ziele werden vor Beginn der Eckwerteberatung für den Haushalt 2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

7. Für die Haushaltsplanung werden folgende Termine festgelegt:

SVV-Termin	Maßnahme
Juni 2012	Grundsatzbeschluss und Vorlage Jahresabschluss 2009
Oktober 2012	Vorlage des Eckwertebeschlusses und des Prüfberichtes über Maßnahmen zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2015
Dezember 2012	Vorlage eines Berichtes über den vorläufigen Ist-Stand für den Jahresabschluss 2010 im Finanzausschuss
Januar 2013	Einbringung des Entwurfes der Satzung für den Doppelhaushalt 2013 /2014
März 2013	Vorlage des geprüften Jahresabschlusses 2010 und Beschluss des Doppelhaushaltes 2013/2014
Juli (HA) 2013	Vorlage der korrigierten Eröffnungsbilanz und der fehlenden Jahresabschlüsse

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
 Ablehnung: 0
 Stimmenthaltung: 2

zu 5.2 Gebührensatzungen der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0155
Fraktion FDP

Herr Becker zieht den Antrag zurück, da er Bestandteil des Änderungsantrages der Rathauskooperation zum Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013 ist und dieser angenommen wurde.

zu 5.3 Mehr Transparenz bei der Aufstellung des Haushaltsplanes
Vorlage: 12/SVV/0152
Fraktion DIE LINKE

Auf Grund des angenommenen Änderungsantrages zum Eckwertebeschluss, möchte Herr Kaminski den Antrag nur zur Kenntnis nehmen, um in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zum Änderungsantrag zum Eckwertebeschluss Stellung nehmen bzw. den Antrag präzisieren kann.

Der Antrag wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Erschließungsbeiträge für Grünanlagen
Vorlage: 12/SVV/0213
Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag wird zurückgestellt bis ein Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vorliegt.

zu 5.5 16. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0284
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Dahlmann (Bereich Beteiligungsmanagement) stellt den 16. Beteiligungsbericht kurz vor.

Herr Schubert dankt dem Bereich für den sehr ausgeprägten und umfangreichen Bericht.

Herr Schultheiß fragt nach den Überschüssen der Unternehmen und deren Verwendung.

Herr Exner verweist auf diverse Beschlüsse und Vorlagen zur Verwendung der Überschüsse innerhalb der Unternehmen und die eigene Finanzierung und Wirtschaftlichkeit der städtischen Unternehmen.

Herr Becker erläutert die Methode des Cash-Pooling innerhalb der LHP.

Herr Exner und Herr Dahlmann bestätigen ein Cash-Pooling-System innerhalb des Stadtwerkekonzerns und dass dies in Bezug auf die Stadtverwaltung nicht immer von Vorteil wäre.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

16. Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010

zu 5.6 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0665

Fraktionen FDP, BürgerBündnis

Herr Becker erläutert kurz die Dringlichkeit des Antrages auf Grund der aktuellen Entwicklungen, möchte den Antrag jedoch bis zur nächsten Sitzung zurückstellen und präzisieren.